

**Begründet 1856**

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
 Marienstraße 38/40.  
 Druck u. Verlag von Neipfisch & Reichardt in Dresden.  
 Preisbrosch. - Serie 1068 Dresden.

Verkehrsamt nur mit beidseitiger Quellenangabe („Dresdner Nachrichten“) zulässig. - Innerlandische Briefstücke werden nicht aufbewahrt.

# Feurich

## Pianos

### Die Untersuchung des Skandals der Landespfandbriefanstalt. — Die deutschnationale Schulungswoche.

(മുൻപ്) (മുൻപ്) (മുൻപ്)

## Volkspartei und Sicherheitsverhandlungen.

Seidermann der deutschen Weltkragen gegen französische Angriffe und Sanktionen ohne Preisgabe deutschen Volkstums, Wendeung und mögliche Abklärung der Rheinlandsbesetzung, Klärung der 1. Zone vor Abbruch irgendwelcher Vereinbarungen, Vereinfachung auch zu billigen Schiedsverträgen, aber unter Zustimmung einer französischen Garantie und ohne Verletzung des Rieles einer friedlichen Änderung der unhaltbaren östlichen Grenze, endlich Eintritt in den Völkerverbund bei Wahrung der Vorbehalten des deutschen Memorandums vom September 1924, insbesondere unter entscheidender Ablehnung jeder aus dem Eintritt etwa herzuleitenden Anerkennung der von uns festbestimmten Kriegsschuldbiläge.

### Muffolinis zweideutiges Spiel.

**Mailand, 21. Sept.** Nach Meldungen der italienischen Presse wird es Mussolini für den Fall, daß die Sicherheitskonferenz am 5. Oktober zusammentritt, nicht möglich sein, auf der Konferenz zu erscheinen, da auf diesen Tag der Große fälschliche Rat einberufen ist, an dem Mussolini über die innere und außenpolitische Lage sprechen soll. Was die Konferenz selbst anbetrifft, so meldet der „Messaggero“, daß in wohlunterrichteten Kreisen die Auffassung herrscht, daß von den meistinteressierten Mächten auf der Sicherheitskonferenz eine ausdrückliche Erklärung gegen den Anschluß Österreichs an Deutschland ausgesprochen werde. (Z.-H.)

Eigentlich sollte es ein Abbruch sein, als sich der preussische Barmat-Ausschuss nach monatelanger Pause am Donnerstag wieder vereinigte, um in wenigen Sitzungen das Ergebnis der ausgedehnten Vernehmungen und Untersuchungen zusammenzufassen. In Wirklichkeit aber sind diese Schlussfolgerungen zu einer hochpolitischen Sensation geworden, die nur den Auftakt zu einer neuen Aktion zur Entschärfung derjenigen Mischenschaften in der preussischen Justiz darstellen können, die seit langem die Objektivität und Autorität der Rechtspflege in Preußen gefährden. Niemand hat heute noch ein Interesse daran, die abgewirkelten und unfruchtbaren Barmat-Ausschüsse künstlich am Leben zu halten. Sie haben der Aufklärung der unerhörten Korruptionsaffären, die sich an die Namen Barmat und Antikser knüpfen, nicht nur nicht gedient, vielmehr wird sich jeder der Entschärfung des deutschen Richtertages anschließen, die in parlamentarischen Untersuchungskommissionen neben dem ordentlichen Strafverfahren eine partielle Durchkreuzung der Wahrheitsermittlung festsetzt. Der Aufbruch der gerichtlichen Erlebigung der Antikser- und Barmat-Prozesse ist allgemein, aber er wird jedenfalls so lange ungetrübt verhallen müssen, als nicht die Vorträge festgestellt ist, ob und inwieweit Einflüsse am Werke waren und noch sind, die sich der sachlichen Durchführung der Prozesse entgegenstellen. Monatelang geht bereits der Streit um die Mahregulierung der beiden Staatsanwälte Caspari und Aufmann, die die Anklage gegen Antikser und die Barmats bearbeitet und fast zur Vollendung gebracht hatten, als ihnen plötzlich ihre Arbeitsgebiete entzogen und die Aufklarerhebung selbst dadurch maßlos verschleppt wurde. Vergebens hat man bisher versucht, Klarheit über die Gründe für diese höchst seltsame Maßnahme des preussischen Justizministeriums zu erhalten. In maßlos scharfen Angriffen gegen das preussische Justizministerium, dem unter persönlichen Anschuldigungen schwerste politische Beeinflussung der Rechtspflege vorgeworfen wurde, haben die beiden Deutschnationalen Leopold und Baumbach das Justizministerium zu einem strafrechtlichen Verfahren veranlassen wollen, um die Angelegenheit vor Gericht zu klären. Das Verfahren gegen sie ist nicht anhängig gemacht worden. Um so mehr ist es darum sehr Pflicht der parlamentarischen Instanzen, die Rebel zu zerschneiden, die sich um die preussische Rechtspflege bei aus politischen Gebiet hinüber spielenden Fragen ausbreiten. Das ist der Kern der Aufgabe, um die es heute geht und die im Augenblick noch wichtiger ist als der Barmat-Scandal selbst, weil auch nur der Verdacht der politischen Beeinflussung der Rechtspflege an dem Grundpfeilern des Rechtsstaates überhaupt rüttelt.

### Eine offiziöse Auslassung zur Preisbildung.

**Drachmeldung unzer Berliner Schriftleitung.**  
Berlin, 21. September. Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt: Es ist in der Presse wiederholt darauf hingewiesen worden, daß ein sachlicher Grund für die Erhöhung der Lebensmittelpreise in den letzten Monaten nicht vorlag. Die Entwindung der Ereignisse auf dem Weltmarkt seit der Einbringung und Verabreichung der Volkswahlen hat diese Ansicht nicht nur behätigt, sondern auch deutlich erkennen lassen, daß irgendwelche Beschränkungen für die nächste Zukunft in dieser Hinsicht nicht bestehen. Im Gegenteil, die durchaus günstige Ernte in fast allen Agrarländern der Welt läßt im Zusammenhang mit einer Reihe anderer wirtschaftlicher Faktoren den berechtigten Schluß zu, daß wir auch in den nächsten Monaten mit sinkenden Preisen zu rechnen haben werden. Von Mitte Juli bis 18. September ist der Preis für die Tonne Roggen von 224,50 auf 159,50 Mark, für die Tonne Weizen von 272,50 auf 210 Mark gefallen. Auch die Wiedereinführung der Einfuhrzölle hat in der Abwärtsbewegung der Preise nichts geändert. Die Konkurrenz auf dem Weltmarkt ist derart groß, daß es zurzeit überhaupt schwer fällt, Getreide auf einem einigermaßen annehmbaren Preise abzulegen. Wie der Weltmarkt an den Vorken beweist, ist die Getreidewelt auf weitere Rückgänge eingestellt. Wenn der Verbraucher von den sinkenden Preisen bisher wenig gemerkt hat, so ist das in letzter Linie darauf zurückzuführen, daß die Handelsspannen immer noch viel zu hoch ist und der Zwischenhandel bisher an die Preisrückgänge nur wenig reagiert hat. Die Beobachtung ist interessant, daß der Großhandelsindex von Anfang Februar bis 16. September um 10,0 (von 136,7 auf 125,8) gesunken ist, während der Lebensindex für die Lebenshaltungskosten von Februar bis August d. J. um 9,4 (von 135,6 auf 145) gestiegen ist. Insbesondere sind die Preise für Getreide, Kartoffeln, Schmalz, Zucker und Mischfleisch gefallen, also die Preise für Grunderzeugnisse, die im Lebenshaushalt des

feinen Manne von entscheidender Bedeutung sind. Gefiegen ist lediglich der Preis für Schweinefleisch, was jedoch in der Hauptsache darauf zurückzuführen ist, daß die Schweinepreise lange Zeit, besonders von Jannar bis März 1925, unter den Gefiegepreisen lagen und die Landwirte vielfach die Schweinehaltung als unrentabel ansahen, oder eingeengt haben. Es ist jedoch berechtigter Aussicht vorhanden, daß dieser vorübergehende Zustand bald überwunden ist, der Auftrieb auch hier wieder größer wird und die Preise entsprechend zurückgehen. Wenn der Handel sich im allgemeinen immer dagegen sträubt, seine Verdienstmanne auf ein erträgliches Maß herabzuschrauben, so ist es Pflicht der Behörden, sowohl wie auch des Publikums, aus den vorstehenden Tatsachen unbedingt die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

### Die Preisbildung im Fleischergewerbe.

**Berlin, 21. September.** Am Montag fand im Polizeipräsidium eine von den Vadenfleischern gewünschte Besprechung statt. Die Vadenfleischer erklärten, mit der als zulässig erachteten Brutto-spanne von 15 Prozent nicht auskommen zu können. Demgegenüber stellte der Polizeipräsident fest, daß die Vadenfleischer an dieser Festsetzung selbst die Schuld tragen, da sie trotz wiederholter Aufforderung feinerlei ausreichende Unterlagen eingereicht hätten. Die Kontrolle der Fleischläden richte sich nicht nur gegen die Vadenfleischer, sondern die Stelle für die Polizei das einzige Mittel dar, die Preisentwicklung rückwärts über den Großhändler bis zum Viehhändler und Landwirt zu verfolgen. Im weiteren Verlauf der Besprechung wurde von den Vadenfleischern erstmals eine Unkostenberechnung vorgelegt, die einen Unkostenfuß von 19,5 Prozent errechnet. Diese Vorlage wird von der mittleren Preisprüfungsstelle alsbald eingehend nachgeprüft werden. Zunächst jedoch werden die Maßnahmen der Preisprüfungsstelle unter Zugrundelegung von 15 Prozent durchgeführt. (F.T.B.)